

Stefan Schostok

Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Hannover

Haushaltsrede 2016

Sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender,
sehr geehrte Mitglieder des Rates,

ich will es gleich vorweg nehmen – die Aussage des städtischen Haushalts 2016 ist: **Hannover investiert in die Zukunft!**

Investitionen sind selbstverständlich kein Selbstzweck, und daher werde ich gemeinsam mit dem Kämmerer aufzeigen,

- welche gesellschaftlichen und finanziellen Herausforderungen bestehen und wie wir diesen in unserer Stadt begegnen werden.
- Welche Investitionen und Programme notwendig sind und warum wir damit nicht länger warten können.
- Wie wir konsolidieren, um zu investieren.
- Und wie wir dazu zwar auf Fremdmittel zurückgreifen, dies aber im Bewusstsein zukünftiger Generationen nachhaltig tun werden, um die Leistungsfähigkeit Hannovers zu sichern und die Zukunft unserer Stadt zu gestalten.

Wir bekennen uns mit der Einbringung dieses Haushalts auch dazu, eine **Einwanderungsstadt** zu sein, und wir tun dies aus Überzeugung und voller Selbstvertrauen, auch wenn wir wissen, dass wir noch einen anstrengenden Weg vor uns haben.

Anrede

Lassen Sie mich aber vor den Herausforderungen etwas zu den **Grundlagen unserer Stadt** sagen, auf die wir aufbauen.

Hannover ist eine gute Stadt, vor allem eine **funktionierende Stadt**. Wir sind in Hannover ja gerne bescheiden und das selbst dann, wenn es sich um die tragenden Säulen kommunaler Leistungen handelt:

- Ein **Spitzenplatz** bei der Bildung in punkto Bildungsabschlüsse, ein Rekordwert bei der Anzahl von Studierenden, überdurchschnittlich viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit einem akademischen Abschluss, eine **Spitzenposition** in der Forschung, so viele sozialversicherungspflichtige Beschäftigte wie noch nie zuvor, eine hohe Kaufkraft, eine **Spitzenposition** im Einzelhandel. Zudem sind wir glücklich über Global Player mit steigenden Gewinnen in der Industrie, wie dies derzeit beispielsweise bei der VWN, Conti und vielen anderen der Fall ist. Dazu haben wir äußerst attraktive Lebensbedingungen, z. B. relativ geringe Mietpreise im Vergleich mit anderen Großstädten und eine hohe Qualität in den Kultur-, Sport- und Freizeitangeboten. Das ist es, was auch immer mehr Menschen und so viele Touristen in die Stadt zieht.

Hannover, sehr geehrte Damen und Herren, ist eine **sehr gut funktionierende Stadt**. Bei aller Bescheidenheit dürfen Wirtschaft, Wissenschaft, aber auch Sie als Politiker und wir als Stadtverwaltung durch gute Kooperation jeweils für uns in Anspruch nehmen, daran nicht unwesentlich beteiligt zu sein. Gerade deshalb sind wir in der Lage, Herausforderungen besser zu bewältigen als andere Städte in Europa.

Und die derzeitige weltpolitische Lage stellt uns vor eine dieser Herausforderungen.

Enttäuschen muss ich diejenigen, die jetzt gerne das Wort "Problem" hören würden. Diejenigen, die "offene Worte" fordern und damit aber Ausgrenzung und Ablehnung meinen.

Das offene Wort, das ich zu sagen habe, ist, dass Hannover die Strukturen schaffen wird, um dauerhaft eine weltoffene, funktionierende internationale Stadt zu sein. **Diese Herausforderung können und werden wir gemeinsam meistern**. Eben nicht alleine und schon gar nicht ohne Anstrengungen und zugegebenermaßen auch nicht ganz ohne finanzielle Handlungen, Anstrengungen, Unterstützung und kluge Investitionen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Hannover ist eine **wachsende Stadt**, das bestätigen Bevölkerungsprognosen und die jährlichen Statistiken nun seit Jahren. Sie werden staunen, wenn Sie jetzt die folgenden Zahlen hören.

Allein vom Januar 2014 bis Ende August 2015 ist die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner Hannovers um **9000** auf 533.541 gestiegen. Ein Plus von gut 9000 Neu-Hannoveranerinnen und Hannoveraner in gut eineinhalb Jahren. 9000 Einwohnerinnen und Einwohner mehr, die die Zukunft unserer Stadt darstellen und sichern.

Einen wesentlichen Wachstumsfaktor stellt die **Zuwanderung** dar. 36,3 Prozent unserer nicht-deutschen Hannoveranerinnen und Hannoveraner haben die Staatsangehörigkeit eines EU-Mitgliedstaates. Wir sind also nicht nur geografisch gesehen eine **europäische Stadt!**

Hannover ist darüber hinaus aber auch eine **internationale Stadt**. Menschen wandern aus den unterschiedlichsten Gründen ein, um hier ein dauerhaftes Zuhause und eine neue Heimat zu finden. Aus familiären Gründen, aus beruflichen Gründen, zu Ausbildungszwecken oder – und das ist der Personenkreis, der völlig zu Recht die größtmögliche Unterstützung bekommen sollte – weil sie vor Unterdrückung, Verfolgung, Folter und Krieg fliehen und Zuflucht bei uns suchen.

Alle Neu-Hannoveranerinnen und -Hannoveraner haben ungeachtet ihrer Herkunft und Biografien **gemeinsam**, dass sie ein Grundgerüst an Infrastruktur wie Wohnraum, Bildungs- und Freizeiteinrichtungen, Kinderbetreuung und öffentliche Nahverkehrsanbindung benötigen, um Hannover zu ihrem Zuhause zu machen und Teil dieser Stadt werden zu können.

Das ist der Grund, warum wir weiter in den Erhalt, den Ausbau sowie den Neubau unserer kommunalen Infrastruktur investieren müssen.

Wohnraum

Dazu gehört in erster Linie **Wohnraum**, denn daran mangelt es zurzeit besonders. Vor dem Hintergrund der Wachstumsprognosen, sinkender Wohnungsleerstände und der Schaffung oder den Erhalt von bezahlbarem Wohnraum haben wir 2013 vorausschauend auf Grundlage des GEWOS-Gutachtens das Wohnkonzept 2025 aufgestellt. Es ging von einem Bedarf von jährlich gut 600 neu zu schaffenden Wohnungen aus. **Zur Erinnerung: Das war gerade mal vor zwei Jahren!**

Aufgrund der aktuellen weltpolitischen Entwicklung erwartet Niedersachsen in diesem Jahr nun aber rund **75.000 Flüchtlinge**; und damit **viermal** so viele wie im vergangenen Jahr. **Für das kommende Jahr geht man weiter von zunehmenden Flüchtlingszahlen aus.** Auf dieses Maß war bundesweit niemand vorbereitet. Wir sind verpflichtet, Flüchtlinge unterzubringen und das angemessen. Das ist nicht nur Pflicht, sondern vor allem auch unser Anspruch. „Angemessen“, das bedeutet in Hannover, dass es vereinbarte Standards gibt. Von der „vorübergehenden Unterbringung“ in Gemeinschaftsunterkünften bis zur „Integration in den Wohnungsmarkt.“ Von der Ausstattung der Unterbringung bis hin zur sozialen Betreuung.

Das **Dreisäulen-Modell** aus Wohnheimen, Wohngruppen und Wohnungen als Gesamtkonzept ist aufgrund der Situation auf dem Wohnungsmarkt sowie der rapide ansteigenden Flüchtlingszahlen, wie Sie wissen, aktuell nicht mehr in allen Punkten umzusetzen. Es geht von einer normalisierten Situation ohne solche Sprungraten aus. Wir halten aber durchgängig den angemessenen Betreuungsschlüssel, selbstverständlich.

Alleine **Gemeinschaftsunterkünfte** zu planen und zu bauen, die die Größe von **50** Bewohnerinnen und Bewohnern nicht überschreiten, würde den Bedarf nicht schnell genug decken. Die Kapazitäten der Unterbringungsmöglichkeiten und des Wohnungsmarktes sind aktuell weitestgehend ausgereizt. Selbst bereits ausgeschriebene und bestellte **Module** können teilweise nicht pünktlich geliefert werden, weil der Markt die Nachfrage nicht rechtzeitig decken kann.

Viele Flüchtlinge müssen derzeit deshalb in sogenannten **Notunterkünften** unterkommen! **Aber das darf kein Dauerzustand für die Kommunen und nicht für Hannover sein, das müssen wir schnell wieder ändern!**

Neben dem unveränderten Festhalten an dem **Wohnkonzept 2025**, liegt daher ein weiterer **Investitionsschwerpunkt** im **Ausbau** der **Wohnungskapazitäten** und gleichzeitig in der **Flüchtlingsunterbringung**.

Das sind Investitionen, die direkt auf den Wohnungsmarkt wirken und uns in die Lage versetzen werden, nicht mehr in diesem Umfang ad hoc-Notunterkünfte bereitstellen zu müssen.

- In 2015 wurden bereits **50 Mio. Euro** für den Kauf von mobilen Unterkünften durch einen Nachtragshaushalt bereitgestellt. Um längerfristig planen zu können und um den Ad hoc-Lösungen entgegenzuwirken, haben wir im Rat ein **Programm für die Schaffung von Flüchtlingsunterkünften** beschlossen. Dafür sind 2016 gut **75 Mio. Euro** vorgesehen.

Bündnis für Wohnen

- Wir müssen aber vor allem dringend in den **Wohnungsbau** investieren und zwar so schnell und nachhaltig wie möglich. Die städtische Immobiliengesellschaft GBH geht mit gutem Beispiel voran und wird in den nächsten fünf Jahren **1500 neue Wohnungen** schaffen. Aber diese Anstrengungen allein reichen für den dynamisch steigenden Bedarf nicht aus.

Wir können die steigende Herausforderung nur gemeinsam mit der Wohnungswirtschaft lösen! Als logische Fortentwicklung der erfolgreichen Zusammenarbeit beim Wohnkonzept 2025 lade ich deshalb gemeinsam mit dem Stadtbaurat die **Wohnungswirtschaft** zu einem „**Bündnis für Wohnen**“ ein. Wenn wir uns auf gemeinsame Ziele für den Wohnungsbau in Hannover verständigen, dann wird es uns gelingen, die Herausforderungen gemeinsam zu lösen. So haben wir es bereits in der Vergangenheit getan und so werden wir es morgen tun!

Bis dahin arbeiten wir täglich auf Hochtouren daran, Alternativen für die Unterbringung zu schaffen. Wir wollen keine weiteren Turnhallen in Beschlag nehmen und wollen die bisher genutzten wieder freigeben. Dass der Schul- und Vereinssports wieder ohne Einschränkungen stattfinden kann, steht für uns oben an. Gerade deshalb sind Optionen wie das Übergangskrankenhaus Siloah, ein leerstehender Baumarkt oder auch die vorübergehende Nutzung einer Messehalle so wichtig.

Integration und Betreuung

Sehr geehrte Damen und Herren,

gerade in dieser Situation müssen wir aber nicht nur in die Unterbringung, sondern parallel **auch in die soziale Integration und Betreuung der Flüchtlinge investieren.**

Die Personen, die dauerhaft bleiben, deren Asylantrag mit einer hohen Wahrscheinlichkeit positiv beschieden wird, die müssen wir wirkungsvoll gesellschaftlich integrieren. Diese Personen bleiben vor Ort. Sie kommen in unsere sozialen Regelsysteme, die der Bildung und des Arbeitsmarktes. Wir müssen für sie diese Perspektiven schaffen.

Und das machen wir, in dem wir für die Betreuung und Integration **hohe Qualität und angemessene Standards** bieten beziehungsweise bestehende Standards erhöhen und qualitativ gute Konzepte dafür entwickeln. Wir knüpfen hierbei vor allem an unsere guten Erfahrungen mit sieben Jahre Lokaler Integrationsplan Hannover (LIP) an.

Betreiber in Hannover müssen für die sozialarbeiterische Betreuung in Gemeinschaftsunterkünften einen Schlüssel von 1,5 zu 50 gewährleisten.

Aufgrund der notwendigen Einrichtung von **Gemeinschaftsunterkünften über 100** Bewohnerinnen und Bewohner haben wir zu Beginn des Jahres ergänzend das **städtische Integrationsmanagement** ins Leben gerufen. 20 Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter leisten zusätzlich zu den Betreibern Flüchtlingssozialarbeit vor Ort. Schwerpunktmäßig befassen sie

sich mit den Bereichen **Arbeit und Beschäftigung** sowie dem **Auszugsmanagement**. Zunächst kam das Angebot im ehemaligen Oststadtkrankenhaus zum Tragen. Ausgeweitet wurde es auf das Schulzentrum Ahlem. Mit weiteren 18 Flüchtlingsunterkünften werden derzeit Gespräche geführt, um das Angebot des städtischen Integrationsmanagements auch dort zu etablieren.

Das alles zeigt uns: der Bedarf für die Betreuung und aktive Integration ist da. Er steigt und er muss gedeckt werden, wenn wir erfolgreich sein wollen!

Kosten

Und es zeigt ebenso, und das bestärkt mich in unserer Arbeit, dass wir **1,6 Mio. Euro** an der richtigen Stelle **investiert** haben, in **qualifiziertes städtisches Personal** für die Flüchtlingsbetreuung. Es macht mich stolz, dass wir als LHH ein solches bundesweit einmaliges Konzept geschaffen haben, das die Integration der Flüchtlinge in die Stadtgesellschaft und den Arbeitsmarkt beschleunigen wird. Aber natürlich kostet zusätzliches Personal auch Geld. **167 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter** werden wir nächstes Jahr zusätzlich für die Flüchtlingsunterbringung und -betreuung bereitstellen.

Eines ist sicher: daran müssen wir festhalten! Und zwar trotz einer noch bestehenden Deckungslücke zwischen städtischen Aufwendungen und der Erstattung des Bundes und des Landes.

Aufgrund der Unterbringung und Versorgung haben wir derzeit tatsächlich höhere Aufwendungen als wir erstattet bekommen. Die Differenz, die nicht durch Landes- und Bundesmittel gedeckt wird, müssen wir als Kommune bisher selber tragen. Zusätzlich müssen wir die Kosten, die erstattet werden, zunächst noch **vorfinanzieren**, weil die Erstattungen bisher zwei Jahre zeitversetzt erst an die Kommunen weitergeleitet werden.

Aber eines ist uns, glaube ich, allen bewusst: Wir können nicht mitten in einem Haushaltsjahr sagen, 'wir haben keine Mittel mehr, um neue Unterbringungskapazitäten zu schaffen', 'wir können uns jetzt nicht mehr um

die ankommenden Flüchtlinge kümmern'. Wir können nicht sagen, 'lass uns erst im nächsten Haushaltsjahr wieder in den Wohnungsbau investieren'.

Der Bedarf besteht jetzt. Jetzt muss investiert werden. Und wir müssen dies auf Grundlage unserer Standards tun. Auch wenn wir nach dem Gesetz nicht dazu verpflichtet sind, sind die sozialen Integrationsleistungen auch aus präventiven Gründen sinnvoll.

Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, aber sie gelingt nur vor Ort. Sie wird in den Kommunen gelebt. Es geht dabei um das Zusammenleben auch in der Zukunft in unserer Stadt! Dafür legen wir heute die Grundlagen.

Gesamtstaatliche Finanzierung jetzt

Deshalb setze ich mich wie viele andere Oberbürgermeister und Oberbürgermeisterinnen auch über den Städtetag in Niedersachsen und in Berlin und in intensiven Gesprächen mit dem Land für eine erhöhte und kontinuierliche Kostenerstattung ein. Da lassen wir nicht locker, da werden wir für jeden Cent argumentieren und kämpfen, der den Kommunen, aber vor allem allen Menschen in den Städten zu Gute kommt.

Das Land hat inzwischen eine Soforthilfe in Höhe von 40 Millionen Euro – und diese Woche sogar vorgezogen von 180 Millionen Euro - zugesagt. Auch die Zusage, dass der Bund seine Finanzmittel für dieses Jahr von **500 Mio. Euro** auf **1 Mrd. Euro** aufstockt und zukünftig jährlich **3 Mrd. Euro** für Länder und Kommunen bereitstellen will, ist positiv und zu begrüßen.

Wir stehen am Fuße eines neuen Flüchtlingsgipfels von Bund und Ländern am 24. September. Das sind finanzielle Zusagen, die uns helfen würden. Die müssen dringend realisiert werden. Deshalb will ich es hier ganz deutlich sagen:

- Die Kommunen benötigen zukünftig eine kontinuierliche Kostenerstattung und eine erhöhte Festsetzung einer Pauschale pro Flüchtling. Bis hin zu einer vollständigen Erstattung.

Das Geld ist nötig, um eine nachhaltig wirkungsvolle **Integration** zu erreichen. Dafür muss von Beginn an bei der **Sprachförderung** angesetzt werden. **Die Sprache ist der Schlüssel zur Integration.**

Dringend notwendig ist die Ausweitung der **Integrationskurse** durch den Bund. Darauf können wir nicht weiter warten, die Personen kommen jetzt zu uns. Deswegen müssen wir die Integrationskurse unserer **städtischen Bildungsträger** ausbauen, um den Bedarf zu decken.

Und wir müssen allen Menschen – übrigens nicht nur den Flüchtlingen - die Chance geben, **Deutschkenntnisse** zu erlangen bzw. ihre Kenntnisse zu erweitern. Nur so eröffnen sich auch die Zugänge in das weiterführende Bildungssystem, sei es ein erfolgreicher Schulabschluss, ein Studium, eine Ausbildung oder dann auch der Zugang zum Arbeitsmarkt.

Kinderbetreuung und Schule

Laut UN-Flüchtlingshilfswerk ist weltweit **jeder zweite Flüchtling ein Kind**. Kinder haben einen **Anspruch auf einen Betreuungsplatz** und **sind schulpflichtig**. **Da dürfen wir zwischen den Kindern in Hannover keinen Unterschied machen.**

- Der Ausbau von **Betreuungsplätzen** ist übrigens nicht nur aufgrund der steigenden Flüchtlingszahlen notwendig. Besonders die steigende Geburtenrate sowie die EU-Zuwanderung tragen zu einem höheren Bedarf an Plätzen für die Betreuung in Krippen und Kita und Plätzen an Schulen in Hannover bei.
- Deshalb haben wir bereits ein weiteres **Krippenausbauprogramm** „Hannover bleibt am Ball“ aufgelegt. Dennoch ist es derzeit leider noch nicht möglich, allen Flüchtlingskindern einen Betreuungsplatz zum gewünschten Zeitpunkt und wohnortnah zur Verfügung zu stellen. **Daher soll eine niedrighschwellige Kinderbetreuung bei den jeweiligen Flüchtlingsunterkünften angesiedelt werden**, wenn vor Ort entsprechende Räumlichkeiten zur Verfügung stehen, so wie dies etwa im

Flüchtlingswohnheim in der Hildesheimer Straße der Fall ist. **Diesen intelligenten Ansatz müssen wir dringend ausweiten.**

- Die **Schulpflicht beginnt** für Kinder mit dem Ankommen und dem weiteren Aufenthalt in Hannover - sofern sie im schulpflichtigen Alter sind. Und wir stellen fest, dass **eine Erweiterung bestehender Schulgebäude** den großen Bedarf allein nicht mehr decken kann. Der gesetzliche Anspruch auf einen Schulplatz muss gewährleistet werden, **wir brauchen also neue Schulgebäude!**
- Gerade im Rahmen des **Programms zum Ausbau von Ganztagsgrundschulen** engagiert sich die Stadt Hannover in großem Umfang. Sowohl finanziell, inhaltlich als auch strukturell tragen wir für Familien, Eltern, Kinder, aber damit auch für die Wirtschaft, zur qualitativen Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen im Stadtgebiet Hannover bei. Damit wird die Ganztagsbetreuung von Kindern zum **Normalfall** und wir steigern die Chancengerechtigkeit aller Familien.

Wir investieren daher rund **50 Mio. Euro** für **Schulen und Kitas** und damit in die Betreuung und Bildung der nachwachsenden Generationen!

Wir müssen jetzt auch dringend den Zugang zum **Arbeitsmarkt** eröffnen, denn nur der schafft eine nachhaltige Integration.

Demografie

Wenn wir es erreichen, dass diese Menschen sich in Hannover ein neues Leben aufbauen können, wenn wir es erreichen, dass sie die volle Teilhabe an unserem städtischen Leben in Anspruch nehmen können, **treten wir damit zugleich erfolgreich negativen Auswirkungen des demographischen Wandels entgegen.**

Zuwanderung ist ein wesentlicher Grund dafür, warum Hannover im Vergleich mit anderen Städten langsamer altert. Wir haben die Chance, dass die Alterspyramide sich wieder verändert, die Mischung zwischen älteren und jüngeren Einwohnerinnen und Einwohnern bald wieder stimmt.

Haushalt, Investitionsprogramm und HSK zusammengefasst

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Der städtische Haushalt 2016 ist geprägt von **Investitionen für den Wohnungsbau, die Unterbringung, die Sprachförderung und Investitionen für Krippen, Kitas und Schulen**. Das ist gut angelegtes Geld! Wenn wir nicht jetzt investieren würden, würde der Bedarf noch höher und die Herausforderungen nur mit den Jahren verschoben, sogar Chancen verpasst.

Das heißt aber anders herum für uns: wir **müssen** heute viele Investitionen **vorfianzieren**. Kreditfinanzierte Investitionen lassen zwar auf der Passivseite die Schulden wachsen, steigern gleichzeitig aber auch das Vermögen auf der Aktivseite durch Erhöhung des Eigenkapitals.

Und die kreditfinanzierte Vorfinanzierung der wachsenden Stadt ist mit einer nachhaltigen Finanzpolitik insbesondere bei den **derzeitigen Zinsen** gut zu vereinbaren! Dies gelingt genau dann, aber auch nur dann, wenn die **Schulden ordentlich getilgt** werden, also auch wieder aus der Passivseite der Bilanz verschwinden. In einer mit den Abschreibungsfristen übereinstimmenden Tilgung besteht eine wichtige Anforderung an unser vorgeschlagenes Haushaltssicherungskonzept (HSK IX+), das insgesamt rund 92 Euro Millionen umfassen wird. 34,8 Mio. EUR davon hatten wir ja mit dem Haushalt 2015 bereits beschlossen (HSK IX).

Aufgabenkritik neuer Ansatz

Die Verwaltung wird im Rahmen von HSK IX+ auf eine besondere Weise eingebunden. Das „+“ steht nicht für eine einfache Erweiterung des Konsolidierungsvolumens. Das + steht für die Philosophie und den Ansatz wie an das Thema „Aufgabenkritik“, das wir im vergangenen Jahr angekündigt haben, herangegangen wird.

Wir haben innerhalb der Verwaltung erste geeignete städtische Handlungsfelder identifiziert. Wir werden gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, der Personalvertretung, der

Finanzverwaltung und Personalstelle in einen Prozess gehen, der als Ergebnis eine effiziente Arbeitsstruktur zur Erfüllung und Umsetzung von veränderten Aufgaben in diesen Handlungsfeldern hat.

Meine Damen und Herren,
ich betone ausdrücklich, dass es nicht um weitere **Aufgabenverdichtung** geht! Wir suchen einen Ansatz wie mit innovativen Ideen und klugen Lösungen eine größere Zufriedenheit für alle Beschäftigten und Empfänger der städtischen Dienstleistungen erfolgen kann.

Einige Personen muss ich immer wieder davon überzeugen, dass Aufgabenkritik nicht gleichlautend Streichung, Kürzung oder Abbau bedeutet, sondern eine Veränderung der Aufgabenwahrnehmung darstellt. Das ist meine Definition von Aufgabenkritik und mein Ziel für HSK IX+ für den Zeitraum bis 2018.

Mir ist bewusst, dass besonders eine der vorgeschlagenen Maßnahmen einen Diskussionsbedarf auslösen wird: Die **Qualitätsoffensive zur ganztägigen Grundschulkinderbetreuung**.

Mir ist wichtig, dass wir gemeinsam mit den Expertinnen und Experten aus den Fachverwaltungen ein Konzept erarbeiten, das stufenweise eine bestmögliche Grundschulkinderbetreuung ermöglicht. Dabei wird nicht die Rechtsform entscheidend sein, sondern der Inhalt!

Die Bildung und Betreuung von Ganztagschulkindern in Hannover soll qualitativ, verlässlich, stadtteilorientiert und bedarfsgerecht sein! Dass die vorhandenen Strukturen sinnvoll darin integriert werden, das ist die Maßnahme im Rahmen der Aufgabenkritik.

Drei weitere Maßnahmen schlagen wir vor:

- Bei der Neuausrichtung der städtischen **Beschäftigungsförderung** kompensieren wir die durch eine veränderte Arbeitsmarktpolitik entstandenen Kapazitäten durch Übernahme weiterer städtischer

Dienstleistungen. Z.B. Aufgaben der wichtigen Verkehrssicherungspflicht.

- Mehreinnahmen von **3 Mio. Euro** im Bereich der **Erziehungsberatung** entlasten den städtischen Haushalt dauerhaft.
- Die **Volkshochschule** wird nach der Einführung der Kostenleistungsrechnung die Wirtschaftlichkeit der Kurse durch bessere Auslastung optimieren, und wir engagieren uns für die Erweiterung von Landesfördermitteln.

Personalkosten, Doppelhaushalt, Gewerbesteuer

Neben der Aufgabenkritik und einer veränderten Aufgabenwahrnehmung mit einem Konsolidierungsvolumen am Ende von ca. **14,5 Mio. Euro** wird die Verwaltung

- durch altersbedingte Fluktuation die Personalaufwendungen um **8,5 Mio. Euro** senken und
- durch die erstmalige Einführung eines Doppelhaushaltes weitere **10 Mio. Euro** einsparen.

Die Finanzierung der **wachsenden Stadt** kann aber nicht nur durch Kompensation bei der Verwaltung geschehen. Es ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Wir schlagen daher eine maßvolle **Gewerbesteuererhöhung** durch Erhöhung des Hebesatzes um 20 auf insgesamt 480 Hebesatzpunkte vor. Die durchschnittliche Besteuerung des Gewerbesteuerertrags steigt durch die Anhebung um 0,7 Prozentpunkte.

Ich bin überzeugt davon, dass es sich dabei um einen verträglichen Betrag und eine angemessene Maßnahme handelt. Wir werden mit den zu erwartenden Mehreinnahmen in Höhe von **24 Mio. Euro** gezielt in die Infrastruktur investieren, die den Gewerbetreibenden zu Gute kommt, und übrigens handelt es sich um die erste Gewerbesteuererhöhung seit 23 Jahren.

Meine Damen und Herren,

wir haben unsere Hausaufgaben gemacht. Wir haben mit dem **Investitionsmemorandum** eine mittel- und langfristige Perspektive für den Ausbau und den Erhalt der städtischen Infrastruktur vorgeschlagen. Mit dem **Haushalt 2016** reagieren wir auch kurzfristig auf die steigende Dynamik der wachsenden Stadt. Und wir hinterlegen den Haushalt zugleich mit einem auf vier Jahre angelegten **Haushaltskonsolidierungskonzept**, um die Investitionen perspektivisch abzusichern.

Es liegen jetzt Jahre vor uns, in denen wir mehr investieren, sanieren, finanzieren und zeitgleich konsolidieren. Das wird bestimmt nicht einfach. Aber es ist der richtige Weg in die Zukunft, es ist der Weg zu einer attraktiven internationalen Stadt, die sozial und gesellschaftlich zusammenhält und deshalb dauerhaft zukunftsfest ist!

Herzlichen Dank!